

# Der Staat fördert die Armut

**Alter** Eigentlich ist für Rentner mit kleinem Budget gesorgt: Um Altersarmut zu verhindern, zahlt ihnen der Staat Ergänzungsleistungen. Wegen hoher Steuern fallen dennoch manche Senioren unter die Armutsgrenze.

Lotti Teuscher

Bei Karin Weibel\* wird das Geld nicht Ende des Monats knapp, knapp bei Kasse ist sie immer. Die Rentnerin braucht mehrere Medikamente, sie muss regelmässig zum Arzt. Den Selbstbehalt muss sie sich buchstäblich vom Mund absparen. Wenn ihr auch noch eine hohe Rechnung ihres Zahnarztes in Haus flattert, wird Weibels Budget gesprengt.

Das Problem der Bielerin: Ihre Rente beträgt 38 000 Franken. Hätte sie ein Jahreseinkommen von 37 000 Franken, könnte sie Ergänzungsleistungen (EL) in der Höhe von 500 Franken im Jahr beantragen. Zahnarztkosten, der Selbstbehalt für Medikamente und Arztbesuche würden ihr zusätzlich vergütet. Weil Karin Weibel keine EL bezieht, hat sie paradoxerweise weniger Geld zur Verfügung als Bezüger von Ergänzungsleistungen.

**Im Alter** ist es besonders schwierig, mit dem Existenzminimum leben zu müssen, da kaum zusätzliche Einnahmen möglich sind.

Symbolbild: Keystone



## Arm durch Steuern

EL-Bezüger bezahlen nur auf dem Einkommen aus der Pensionskasse Steuern – sofern sie überhaupt eines haben. AHV und EL sind steuerbefreit. Die Bielerin hingegen versteuert praktisch ihr gesamtes Einkommen – Gemeinde und Kanton kassieren etwa 5700 Franken pro Jahr.

Zum Leben, inklusive Zahnarzt- und Arztkosten, bleiben Karin Weibel somit 32 300 Franken. Das sind 4700 Franken weniger, als wenn sie EL beziehen würde. Weil sie nun auch noch die hohe Zahnarztrechnung erhalten hat, steht die Bielerin vor einem Dilemma: Soll sie den Zahnarzt oder die Steuern bezahlen? Beides geht nicht.

## Eine gute Lösung, aber...

Mitte der 60er-Jahre lebten in der Schweiz etwa 200 000 AHV- und IV-Rentnerinnen und Rentner unter dem Existenzminimum. Im Jahr 1965 beschloss das Parlament deshalb die Einführung von Ergänzungsleistungen. Zunächst nur als Übergangslösung gedacht, wurde die EL bald fester Bestandteil des schweizerischen Sozialstaats.

Eine gute Lösung um Armut zu verhindern – wäre da nicht der

Steuervogt. «Mit dem Existenzminimum zu leben, ist immer kritisch», sagt Renate Jöbstl, Sozialarbeiterin bei pro Senectute Biel-Bienne-Seeland. «Wenn jemand zusätzlich Steuern zahlen muss, wird es eng.» Dies nicht nur für Rentnerinnen wie Karin Weibel, sondern auch für EL-Bezüger. AHV- und EL-Gelder können zwar nicht gepfändet werden, die Rente aus der Pensionskasse hingegen sehr wohl.

## Armut trotz EL

Heinz Karrers\* Einkommen aus AHV und Pensionskasse beträgt 35 000 Franken pro Jahr, zusätzlich erhält er Ergänzungsleistungen in der Höhe von 2500 Franken. Da Karrer die Hälfte seines Pensionskassenguthabens bei der Scheidung abgeben musste, erhält er aus diesem Fonds lediglich 12 000 Franken.

Während der Rentner unter einer Depression litt, hatte er seine Finanzen nicht im Griff. Jetzt geht es Heinz Karrer besser, doch nun trägt er eine neue Last: Steuerschulden. Deshalb wird ein grosser Teil seiner Pensionskasse gepfändet.

Dadurch wird Karrers gesamtes Einkommen aus AHV, Pensionskasse und EL auf das betriebsrechtliche Existenzminimum gesenkt. Für den täglichen Bedarf bleiben ihm noch 1200 Franken, statt, wie in der EL vorgesehen, 1600 Franken.

## Endlose Schuldenspirale

Unvorhergesehenes hat in Karrers engem Budget keinen Platz – auch nicht die Tierarztkosten für den Hund, den treuen Begleiter des vereinsamten Mannes. Im Existenzminimum ebenfalls nicht vorgesehen sind die aktuellen Steuerraten. Der Rentner befindet sich in einer Schuldenspirale, aus der er nicht so rasch herauskommen wird – wenn überhaupt: Dazu bräuchte es ein zusätzliches Einkommen, doch Arbeit wird der betagte Mann keine mehr finden. Während Karrer die Steuerschulden abbezahlt, häufen sich neue auf.

«Eine Person, die eine Rente von 5000 Franken erhält, kann sich eine Weile lang einschränken, bis die Schulden abbezahlt sind», sagt Renate Jöbstl. Bei einem Einkommen, wie es Rent-

ner Karrer habe, sei dies schwierig.

«Die Bieler Steuerpraxis gegenüber Rentnern löst viel Leid aus», sagt Jöbstl. Die Praxis der Steuerbehörde sei rigoros, es werde in Kauf genommen, dass den Betroffenen zu wenig Geld zum Leben bleibe: «Für die Betroffenen ist dies eine riesige Belastung.» Früher, sagt Renate Jöbstl, sei es möglich gewesen, in Härtefällen mit der Behörde zu diskutieren. Dies mit dem Ziel, dass die Steuern gesenkt wurden, damit die Raten für die Rentner verkraftbar waren.

## Einsehen bei Krankheit

«Ganz besonders, wenn ein betagter Mensch krank wurde, hatte die Behörde ein Einsehen», sagt die Sozialarbeiterin. Heute gebe es kaum mehr ein Entgegenkommen.

Letzte Hoffnung für Rentner am Existenzminimum bleibt eine Beratung der Ausgleichskasse oder der Pro Senectute. Fallen ausserordentliche Ausgaben an, kann Pro Senectute Rentner mit einem Beitrag unterstützen. Die gemeinnützige Stiftung hilft da-

mit manchmal Menschen in finanzieller Not indirekt, dass sie die Steuern an die Stadt Biel bezahlen können.

\*Fiktives Beispiel, das auf Fakten der BT-Recherchen beruht.

Den ersten Beitrag finden Sie unter [www.bielertagblatt.ch/armut](http://www.bielertagblatt.ch/armut)

## Ergänzungsleistungen

Ergänzungsleistungen werden **individuell bemessen**; allgemeingültige Zahlen zu nennen, ist deshalb unmöglich. Das BT ist von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Die Person ist **alleinstehend** und wohnt in Biel.
- Sie bezahlt **1000 Franken** brutto für die Wohnung.
- Sie benötigt **keine rollstuhlgängige** Wohnung.
- Sie hat **kein Vermögen**.
- Sie hat kein **Vermögen abgetreten**.
- Diese Person verfügt inklusive Ergänzungsleistungen über ein Jahreseinkommen von **37 500 Franken**. LT

## Nachgefragt

# Speeddating für Freiwillige



Jan Gnägi  
Grossrat, BDP

Am nächsten Montag wollen Seedorfer Organisationen per Speeddating Menschen für die Freiwilligenarbeit gewinnen. Grossrat Jan Gnägi (BDP) wird als Präsident von Benevol Biel den Event eröffnen.

## Jan Gnägi, wie wollen Sie Freiwillige per Dating vermitteln?

Jan Gnägi: Das Speeddating ist eine unkomplizierter Ansatz, Leute an einem Tisch zusammenzubringen, die sich in der Gemeinde engagieren wollen. Fast noch wichtiger ist aber, dass sich dort die Vereine und Organisationen vorstellen und sich schmackhaft machen können.

## Stammt die Idee des Speeddatings dieser Art von Ihnen?

Naja, man kennt ja das Speeddating normalerweise aus der Partnervermittlung. Wir von Benevol Biel und Umgebung haben uns gedacht: Wieso soll man mit diesem Ansatz nicht auch Freiwilligenarbeit vermitteln können? Wir haben im «Rotonde» in Biel die ersten solchen Speeddatings durchgeführt. Bis jetzt konnte man so mit wenig Aufwand viel erreichen. Nun starten wir in Seedorf einen Versuch.

## Finden Vereine und Organisationen sonst keine Freiwilligen mehr?

Tatsächlich gestaltet sich das als schwierig. Die Leute überlegen es sich zweimal, ob sie ihre Freizeit mit Freiwilligenarbeit verbringen wollen. Früher was das einfacher.

## Das Speeddating wird von den Grünen veranstaltet. Lassen Sie sich instrumentalisieren?

Nein, das mache ich nicht. Wenn ich für eine Rede eingeladen werde, gehe ich. Dabei spielt es keine Rolle, dass ich von einer Partei eingeladen werde, die nicht meiner politischen Richtung entspricht. Ich wurde wegen meines Engagements als Präsident von Benevol Biel und Umgebung eingeladen. Wir vermitteln und fördern Freiwilligenarbeit.

Interview: dma

# «Heute reden wir miteinander»

## Ökumene Wohin hat die Reformation die Kirchen geführt? Diese Frage wurde in der Deutschen Kirche in Murten diskutiert.

Das einladende Glockengeläut der Deutschen Kirche in Murten hatte es schwer, sich gegen die aufbrausenden Sturm böen zu behaupten. Umso mehr schätzten es die Besucher, in der Kirche Schutz vor dem Unwetter zu finden.

Im Chor Platz genommen hatten die Diskussionspartner Andreas Zeller, Synodalratspräsident der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, und der Mennonit (Täufer) Michel Ummel von Sonnenberg. Anstelle des Weihbischof Alain de Raemy, der unwetterbedingt nicht anreiste, legte Abbé Bernard Schubiger die Sicht der Katholiken dar. Aus dem Vorbereitungsteam beteiligte sich Christoph Bühler, Pfar-

rer in Kerzers. Durch den Abend führte Markus Vögtli, der als Pfarrer in Murten wirkt.

## Verschiedener Aufbau

Aus dem Pool der wichtigen kirchlichen Themen kristallisierten sich Leitfragen heraus, ohne die 500 Jahre Reformation ganz auszuklammern.

Einig war man sich über alle Konfessionen hinweg in einem Punkt: Christus begründete und leitet die Kirchen. Welche Kirche jedoch hat das beste Modell, den theologischen Anspruch umzusetzen? «Die reformierte Kirche leitet sich von unten nach oben, sie ist ähnlich formiert wie unser Staatswesen», umschrieb Synodalpräsident Zeller die kirchlichen Strukturen. Die Mennoniten hingegen wählen einen erfahrenen Ältesten als Leiter. Und bei den Katholiken setzt der Bischof einen Priester ein.

«Wie stark sollen unsere Kirchen reglementiert sein?», fragte Christoph Bühler. Aus pfarramt-

licher Zeit berichtete Zeller: «Im Pfarramt gilt es unter anderem, den geographischen Einfluss einer Region, die Tradition, das Umfeld sowie den Alltag der Menschen zu berücksichtigen.

Auf kantonaler Ebene hingegen müssen grundsätzliche Regeln aufgestellt und eingehalten werden.»

Konkrete Unterschiede zwischen den Konfessionen zeigten



**Engagiertes Quartett:** In der Deutschen Kirche Murten diskutierten Christoph Bühler, Pfarrer in Kerzers; Abbé Bernard Schubiger, Murten; Mennonit Michel Ummel und Andreas Zeller, Synodalratspräsident der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn (v.l.). ts

sich beim Thema Abendmahl und Eucharistie. Im reformierten Abendmahl isst man Brot und trinkt Wein zur Erinnerung. Brot ist und bleibt Brot, Wein ist und bleibt Wein. Nach katholischem Glauben aber wandeln sich Brot und Wein in die sakramentale Gegenwart von Leib und Blut Christi.

## Praktische Ökumene

Was macht es so schwierig, dass sich die Kirchen gegenseitig als gleichwertig anerkennen? «Unser Problem liegt in der Realität der Liturgie», sagte Abbé Schubiger. «Wir haben Schritte zu machen – ebenso die Reformierten.» Zeller präziserte: «Wir wollen keine vorschnellen ökumenischen Umarmungen, die im Grunde nicht stimmen. Wir können jedoch das Mögliche tun, ohne zu vergessen, was uns unterscheidet. Wir wollen nicht verschmelzen, aber trotzdem gemeinsam in der Öffentlichkeit wirken.»

Die Frage, ob Katholische etwas reformierter und Reformierte etwas katholischer werden sollen, blieb im Raum hängen.

Pfarrer Bühler schildert eine Arbeitspause auf dem Bau. Das Gespräch zwischen den konfessionell verschiedenen Kollegen drehte sich um den Ramadan und das Fasten. Freiwillig verzichtete der eine auf das Konsumieren, wenn der Kollege gerade im Ramadan war. Das andere Mal passte sich der Muslim an, wenn sein Kollege die Fastenzeit wahrnahm.

## Wo stehen die Kirchen heute?

500 Jahre nach der Reformation stehen viele Kirchen in einer lockeren Gemeinschaft mit anderen Kirchen, ohne deshalb ihre spezifischen Lehren und ihr Brauchtum aufzugeben. «Heute reden wir miteinander, feiern und handeln oft gemeinsam», ist das Motto. Das Erleben der Gemeinschaft wird als gangbarer Weg erachtet. Tüdy Schmid